

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 15

Artikel: Abfuhr für einen Teilungsversuch : die rumänische Volkszählung und die Minderheitenpolitik
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094911>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die rumänische Volkszählung und die Minderheitenpolitik

Abfuhr
für einen Teilungsversuch

Von Laszlo Revesz

Rumänien hat statistisch die Möglichkeit erprobt, seine Minderheiten aufzusplittern. Aber die befragten Volksgruppen sind nur zu einem verschwindend kleinen Teil darauf eingegangen.

In Rumänien sind nunmehr die Ergebnisse der Volkszählung veröffentlicht worden, die am 5. Januar 1977 abgehalten wurde. Die Angaben vermitteln einige Aufschlüsse über die soziale Entwicklung, vor allem aber auch über die Minderheitenpolitik des Regimes.

Allgemeines und Soziales

Seit dem 15. März 1966, dem Datum der letzten Zählung zuvor, ist die Einwohnerzahl von 19,1 auf 21,5 Millionen gestiegen. Das Land hat heute eine Bevölkerungsdichte von 90,8 Personen pro Quadratkilometer.

Zu den allgemeinen Tendenzen gehört die Urbanisierung. Der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung stieg in den letzten elf Jahren von 38,2 auf 47,5 Prozent. Besonders gross war das Wachstum erwartungsgemäss in der Hauptstadt. Die Einwohnerzahl der Agglomeration Bukarest stieg von 1966 bis 1977 von 1,451 auf 1,934 Millionen.

Seit der letzten Zählung sind 53 neue Städte entstanden; die andern haben sich vergrössert, hauptsächlich durch Zuzug vom Land. Heute gibt es neben Bukarest acht Agglomerationen mit mehr als 200 000 Einwohnern.

Der Bevölkerungszuwachs beläuft sich auf 1,1 Prozent pro Jahr, die Geburtenzahl beträgt 20,8 Promille. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei nicht ganz 70 Jahren.

Im Laufe der letzten elf Jahre hat sich das Regime mehr um Sozialpolitik gekümmert als früher. Ersichtlich wird das vor allem bei der Wohnbautätigkeit. (Die Erdbeschäden seit der Volkszählung haben allerdings die Wohnverhältnisse erneut verschlimmert.)

Im Januar 1977 zählte man 6,77 Millionen Haus-

haltungen und 6,37 Millionen Wohnungen; es gibt also immer noch Hunderttausende von Familien ohne eigene Wohnung. Die Zahl der «Wohnräume» erhöhte sich von 10,87 auf 13,96 Millionen, so dass heute nicht mehr 1,73 Personen auf einen Wohnraum entfallen wie vor elf Jahren, sondern nur noch 1,53 Personen. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person stieg von 7,9 auf 8,8 m². Das ist immerhin beträchtlich mehr als die 7 m² pro Person in der Sowjetunion von heute.

Allerdings ist der «Durchschnitt» noch zu qualifizieren. Für die höheren Partei- und Staatsfunktionäre, für die Wirtschaftsmanager und «leitenden Kader» gibt es keine Flächenbeschränkung. Der eigentliche Durchschnitt für den einfachen Bürger liegt also wesentlich tiefer als der statistische Durchschnitt.

Neue
Nationalitätenbehandlung

Vielsagend für die innenpolitischen Verhältnisse sind die Ergebnisse der Volkszählung bezüglich der Nationalitäten. Laut diesen Angaben sind 19 Millionen oder 88,1 Prozent der rumänischen Staatsbürger auch im ethnischen Sinne Rumänen. Da in keinem osteuropäischen Land der Druck auf die nationalen Minderheiten so gross ist wie in Rumänien, gibt es Gründe zur Annahme, dass diese Zahl frisiert ist.

An diesem Teil der Berichterstattung fällt etwas auf: Hier fehlen nämlich die Vergleichszahlen von 1966, obwohl diese in jeder andern Rubrik angeführt sind. Offensichtlich will man hier etwas vertuschen.

Darüber hinaus gibt es in dieser Volkszählung eine Neuerung, deren Sinn leicht einzusehen ist.

Erstmals in der Geschichte des rumänischen Staates ist man dem sowjetischen Beispiel aus den zwanziger Jahren gefolgt, und zwar dadurch, dass man aus jeder lokalen Mundart eine eigene «Nation» fabriziert hat. Der Zweck besteht darin, anstelle geschlossener Nationalitäten eine grössere Zahl von Splittergruppen aufzuweisen, die dann einzeln als quantité négligeable erscheinen. Im sowjetischen Präzedenzfall war dieses Vorgehen besonders in Zentralasien charakteristisch, wo man, praktisch nach Ortsdialekten gegliedert, fünf «souveräne» Unionsrepubliken schuf.

Eine für die Rumänen selbst sehr ärgerliche «Differenzierung» der Sowjets wird in Bukarest allerdings nicht nachgemacht: In der sowjetischen Unionsrepublik Moldau unterscheidet die UdSSR-Statistik zwischen «Moldauern» und «Rumänen», obwohl beide eine Nation bilden. Selbstverständlich existiert diese Unterscheidung in der jetzigen rumänischen Volkszählung nicht, wengleich nach sowjetischem Rezept in den östlichen Teilen Rumäniens beträchtliche «moldauische» Volksgruppen aufzuweisen wären.

Aber das, was sich die Rumänen verbitten, wenn es um ihre Nation geht, nämlich die künstliche Aufspaltung, das vollführen sie mit Akribie gegenüber ihren Minderheiten.

So wurden die Deutschen (d. h. hier natürlich die deutsche Minderheit in Rumänien) in drei «Nationen» unterteilt: die Deutschen, die Schwaben und die Sachsen. Die Differenzierungsaktion hat freilich bei der betreffenden Bevölkerungsgruppe nicht gross eingeschlagen. Die anvisierten Sachsen und Schwaben erklärten sich überwiegend ganz einfach als Deutsche, und so stehen schliesslich doch 348 444 Deutsche zu Buch, gegenüber bloss 5930 «Sachsen» und 4358 «Schwaben». Bei diesen Subnationalen handelt es sich vermutlich um ganz besonders regime-treue Leute, die ihre Nationalität (d. h. ethnische Zugehörigkeit) nach den Wünschen der Bukarester Zentrale eintrugen. (Grundsätzlich bestimmt jeder Staatsbürger durch das Ausfüllen des Fragebogens selbst über seine nationale ethnische Zugehörigkeit.)

Ebenso charakteristisch war das Vorgehen gegenüber den Ungarn (Magyaren), die in Rumänien die grösste nationale Minderheit bilden. Diese besteht in Siebenbürgen aus zwei Teilen, nämlich den Szeklern (deren Vorfahren dem ehemaligen Szekler Gespan unterstellt waren) und den übrigen Magyaren: natürlich gehören beide dem ungarischen Volk an. Nun hat man in Rumänien vorsichtig die propagandistische Behauptung anlaufen lassen, dass die Szekler eigentlich eine Volksgruppe für sich darstellten und mit den Rumänen verwandt seien. Dementsprechend stellte auch der Fragebogen zur Volkszählung die «Nation» der Szekler der Nation der Ungarn gegenüber. Aber es fanden sich nur gerade 1064 Szekler, die sich oder ihre Angehörigen in der Rubrik «Nationalität» als solche eintrugen; alle übrigen bezeichneten sich selbst als Ungarn. Die ungarische Minderheit umfasst heute 1 705 810 Personen, d. h. 7,9 Prozent der gesamten Landesbevölkerung. Das wenigstens ist die statistische Auskunft; wie sie mit der Wirklichkeit übereinstimmt, ist schwer abzuschätzen.

Die drittgrösste Nationalität bilden die Zigeuner mit 229 986 Personen (1,06 Prozent der Landesbevölkerung). Unter dieser Gruppe dürfte es besonders viele Leute geben, die es vorzogen, sich im ethnischen Sinne als Rumänen auszugeben, um Benachteiligungen zu entgehen.



Fahneneid rumänischer Soldaten. Er wird auf eine sozialistische Heimat abgelegt, die von aussen einzig durch den «sozialistischen Internationalismus» in der Interpretation des mächtigen Nachbarn bedroht wird. Im Innern sind nicht nur die sozialistischen Gefühle je nach Rang im sozialistischen System unterschiedlich, sondern auch die heimatlichen Gefühle je nach ethnischer Zugehörigkeit.

Der historische Hintergrund

Grossrumänien entstand nach dem Ersten Weltkrieg, in dessen Mitte das Königreich 1916 sein Bündnis mit den Zentralmächten aufkündigte, um sich den Ententeländern anzuschließen. Nach dem Krieg übernahm es mit französischer Unterstützung die Rolle eines Retters von Europa vor dem Bolschewismus. Es eroberte sich Siebenbürgen von der Ungarischen Räterepublik und Bessarabien von Sowjetrußland; vom besiegten Oesterreich nahm es die Bukowina an sich. Das 1877 gegründete Königreich hatte vor dem Weltkrieg ein Territorium von 133 000 km² mit 8 Millionen Einwohnern, nach dem Krieg ein Territorium von 294 000 km² mit 16 Millionen Einwohnern.

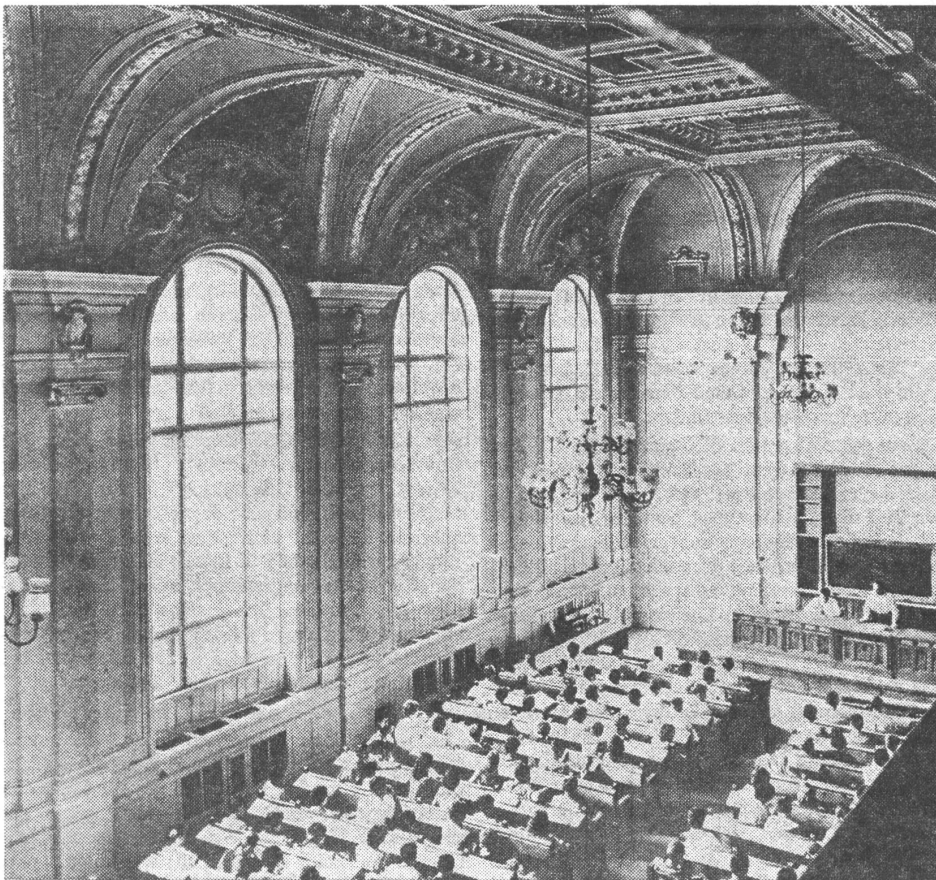
Die Rumänische KP ihrerseits war ein Werkzeug Moskaus, was man aus ihren Beschlüssen in der Zwischenkriegszeit ersehen kann. Diese hielten fest, Rumänien sei ein zusammengeraubter Staat, den man gemäss nationalen Prinzipien wieder auflösen müsse; die Sowjetunion wollte nämlich Bessarabien zurückgewinnen. Zur Zeit Chruschtschows revidierte dann die Partei 1963/1964 ihren früheren Kurs und erklärte Rumänien zum nationalen, einheitlichen Staat. Diese Korrektur der früheren Parteibeschlüsse erwies sich als erster Schritt zu einem unabhängigeren aussenpolitischen Kurs. Der territoriale Besitzstand der Sowjets, die sich in der Zwischenzeit (1940 und 1944) Bessarabien wieder angeeignet hatten, wurde durch diese Kursänderung allerdings nicht mehr berührt.

Die ungarische Minderheit in Rumänien erhielt

1952 formell ein sogenanntes autonomes Gebiet zugesprochen, das man aber 13 Jahre später wieder aufhob. Die ungarische Universität in Klausenburg (Cluj, Napoca) wurde mit der rumänischen Universität (Bolyai-Babes-Universität) vereinigt. Rumänisch ist heute für die meisten Fächer Vorlesungs- und Prüfungssprache.

Bessarabien ist offiziell kein Zankapfel mehr und kann es angesichts der sowjetischen Macht natürlich auch nicht sein. Aber umgekehrt kann Siebenbürgen wieder zum Traktandum werden, wenn die Sowjets die Benützung dieses Motivs durch Ungarn als Druckmittel gegen den nationalen Kurs Rumäniens zulassen. Im Herbst 1976 ist die «siebenbürgische Frage», die man seit der kommunistischen Machtübernahme in Osteuropa aufs Eis gelegt hatte, in Budapest erstmals wieder aufgeworfen worden. Es ist kaum denkbar, dass das ohne vorherige Absprache mit Moskau hätte geschehen können. Möglicherweise beantworteten die Sowjets damit indirekt einige Anspielungen rumänischer Historiker auf die geschichtliche Entstehung der Moldauischen Sowjetrepublik: Wenn du an meine Minderheiten erinnerst, kann ich dir mit deinen Minderheiten die Hölle heiss machen.

Die Minderheitenfrage hat eine potentielle Brisanz, die durch die neuere Entwicklung aktualisiert worden ist. Es ist begreiflich, dass man in Bukarest bestrebt ist, den Minoritäten durch künstliche Aufteilung die Geschlossenheit zu nehmen. Der erste Anlauf dazu hat freilich, wie sich der Volkszählung entnehmen lässt, keine überzeugenden Resultate erbracht.



In Klausenburg ist die ungarische Universität mit der rumänischen Universität Bolyai-Babes (Bild) zusammengelegt worden. Die sprachliche Aufteilung ist ungefähr so: Ungarische Sprache wird auf ungarisch unterrichtet, alles übrige auf rumänisch.

Rumänien und Eurokommunismus

Rumänien hat auf die Auseinandersetzung zwischen den Sowjets und der spanischen KP (respektive deren Generalsekretär Santiago Carillo; siehe letzte Nummer) inhaltlich plausibel reagiert. Die Parteizeitung «Scinteia» ergriff die Gelegenheit, wieder einmal das Recht aller kommunistischen Parteien zu betonen, ihre eigene Politik zu formulieren und zu betreiben, unabhängig von irgendeiner Zentrale. Der Eurokommunismus wurde in diesem Zusammenhang beiläufig erwähnt, ohne dass man auf die akute Polemik zwischen Moskau und Madrid näher einging und ohne dass man eurokommunistische Gedankengänge näher vorgestellt hätte.

Soweit kann diese «Stellungnahme» nicht überraschen. Sie entspricht durchaus dem, was die rumänische Parteiführung bei jeder Gelegenheit sagte und sagt. Auffällig war höchstens die Unauffälligkeit, mit der man sich in Bukarest des altgewohnten Pensums entledigte, ganz so, als hätte es einen ausserordentlichen Anlass gar nicht gegeben.

In Jugoslawien nahmen zur gleichen Zeit die Zeitungen explizit und vehement in ganzen Breiten für Carillo (samt seiner Partei) und gegen die KPdSU Stellung, veröffentlichten Interviews mit spanischen ZK-Mitgliedern und doppelten mit eigenen Kommentaren nach.

Umgekehrt sahen sich die osteuropäischen Satelliten der Sowjetunion genötigt, die sowjetischen Stellungnahmen (dem ersten Angriff auf Carillo folgten wiederum in «Nowoje Wremja» und über Tass noch weitere) zu übernehmen oder wenigstens wiederzugeben, wobei die zum Teil erheblichen Zauderfristen (nicht nur bei Polen und Ungarn, sondern seltsamerweise auch bei Bulgarien) und die zum Teil abschwächenden eigenen Begleitkommentare (im Falle Ungarns; dagegen überboten die Tschechoslowaken die Sowjets noch in der Gleichsetzung von Eurokommunismus, Imperialismus und landeseigener Dissidenz) die Peinlichkeit der ganzen Sache nur noch sichtbarer machten.

Das wäre, sollte man meinen, für die Rumänen die Chance par excellence gewesen, die schon bald patentierte eigene Forderung nach Unabhängigkeit erneut zu plakätieren, sie unter Berufung auf die jüngste Entwicklung als Gesetzmässigkeit des Fortschritts zu verkünden, sich die Richtigkeit der eigenen Linie bestätigen zu lassen.

*

Warum hat man in Rumänien diese Gelegenheit «verpasst», warum hat man sich mit Routine-Aeusserungen über die Gleichberechtigung der kommunistischen Parteien begnügt? Es gibt dafür zwei Gründe.

Der eine Grund ist die aussenpolitische Rücksichtnahme. Im Verlaufe der letzten zwölf Monate hat sich das sowjetisch-rumänische Verhältnis normalisiert. Ohne dass man von den grundsätzlichen Positionen ersichtlicherweise abgegangen wäre, ist die politische Atmosphäre entspannter geworden. Rumänien hat seinen Willen zu vermehrter wirtschaftlicher Zusammenarbeit bekundet oder ist zu dieser Bekundung veranlasst worden. Die WP-Manöver vom